

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/06/2011

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 22.09.2011,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Petra Wilmer

Stadtverordnete

Frau Doris Brandt

Frau Marion Clasen

Frau Nina Holers

Herr Bela Randschau

Frau Karen Schmick

Frau Martina Strunk

beratendes Mitglied

Bürgerliche Mitglieder

Frau Cordelia Koenig

Frau Nadine Levenhagen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lisa Brauner

Herr Roland Wilde

Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Leiner

Frau Petry

Frau Skomrock

BLB Architektenbüro

Tagespflegeperson

Tagespflegeperson

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Hanno Krause

Frau Gabriele Fricke

Frau Cornelia Beckmann

Herr Frank Ropers

Stephanie Sternberg

Frau Anja Gust

Bürgermeister

FBL III

Gleichstellungsbeauftragte

FDL III.2

FDL III.3

FD IV.3

FD III.2, Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Werner Segelken-Voigt

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2011 vom 14.06.2011
5. Junges Wohnen in Ahrensburg
- Präsentation durch den Kinder- und Jugendbeirat
6. Sachstandsbericht
- Umgang mit Rechtsextremismus/Antirassismus
7. Kindertagesstätte Adolfstraße 46 - 50 **2011/106**
Vorlage der Entwurfsplanung
8. Veränderung der Finanzierungsvereinbarung für die Ausschreibung der Trägerschaft Kindertagesstätte Adolfstraße 46 - 50 **2011/114**
9. Kindertagesstätte Gartenholz **2011/054**
10. Genehmigung der Stellenpläne 2011 und 2012 für das Peter-Rantzau-Haus gemäß Vertrag zum Betrieb der Bürgerbegegnungsstätte **2011/107**
- **a b g e s e t z t** -
11. Bericht über die Entwicklung der Kostenausgleiche an auswärtige Kindertageseinrichtungen **2011/110**
12. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 der Stadt Ahrensburg **2011/093**
13. Kenntnisnahmen
- 13.1 Maßnahmen zur Schaffung von Großtagespflegestellen
- 13.2 Sachstand Krippe Pionierweg
- 13.3 Platzsituation und Warteliste
14. Verschiedenes
- 14.1 Kinderärzte für Ahrensburg
- 14.2 Lärmschutzmaßnahmen für Adolfstraße

- 14.3 Wohnen im Alter
- 14.4 Migrationsberatungsstelle
- 14.5 Nächster Sitzungstermin
- 15. Beschlusskontrolle

1. Einwohnerfragestunde

Der Bürger Andreas Lang stellt sich vor und berichtet über seine Internetrecherche zum Thema der Rechtsradikalen Verbindungen in Ahrensburg. Seiner Auffassung nach beobachtet die rechte Szene die politischen Entscheidungen der Stadt Ahrensburg zu dieser Thematik. Er wünscht sich vonseiten der Politik ein klares Votum und die Anerkennung der besorgniserregenden Situation in der Ahrensburger Jugendszene.

Herr Knoll geht als sachverständiger Bürger auf die Bedenken der Anwohner in der Adolfstraße ein. Er stellt klar, dass sich die Bedenken der Anwohner allein auf die zunehmenden Fahrzeugbewegungen in der Adolfstraße beziehen. Er zeigt Möglichkeiten auf, die Situation, die durch den Transfer der Kinder mit vorwiegend Pkw entsteht, abzumildern. So schlägt er vor, zunächst für eine Akzeptanz der angebotenen Parkplätze auf dem geplanten Gelände des Kindergartens zu sorgen. Diese könnte durch eine ausreichende Größe der Parklücken und der Zuwegung erreicht werden. Hierzu schlägt er vor, die Mindestgrößen zu überschreiten und evtl. lieber auf einen oder zwei Stellplätze zu verzichten.

Im Hinblick auf die unmittelbare Nachbarbebauung regt er an, diese vom Parkplatz durch einen Lärm- und Sichtschutz zu schützen.

Frau Gertrud Tammerna vom Netzwerk Migration teilt mit, dass die Migrationsberatungsstelle in Ahrensburg geschlossen wird. Zum einen ist die seelische Belastung für ehrenamtliche Mitarbeiter so groß, dass diese nicht dauerhaft tätig sein können. Nun hat auch die bisherige Mitarbeiterin gekündigt. Zum anderen hat die Kirche ihre Bereitschaft, als Träger zu fungieren, gekündigt. Weitere Migrationsberatungsstellen schließen im Kreis, sodass letztlich nur die Beratungsstelle bei der Ausländerbehörde des Kreises übrig bleibt. Die Stadt Ahrensburg hat in der Vergangenheit ihren Schwerpunkt auf die Förderung der Migranten aus der ehemaligen UdSSR gelegt. Tatsächlich leben aber in Ahrensburg viele Migranten, die aus anderen Ländern stammen und ebenfalls Unterstützung und Beratung benötigen. So plädiert Frau Tammerna an Politik und Verwaltung erneut zu prüfen, inwieweit sie den hilfebedürftigen Einwohnern in Ahrensburg Unterstützung zukommen lassen kann.

Herr Walter, Bürger der Stadt, schlägt vor, die Stellplatzlage für die Kita Adolfstraße noch einmal zu prüfen. Aus seiner Sicht eignet sich ein Grünstreifen mit Buschwerk in Richtung Klaus-Groth-Straße ebenfalls als Stellfläche. An dieser Stelle würde die Adolfstraße zudem nicht durch den zu erwartenden Verkehr belastet werden.

Frau Sarah Lang merkt an, dass sie heute große Erwartungen an den Sachstandsbericht über den Rechtsextremismus habe. Sie führt aus, welchen Ängsten und Bedrohungen junge Menschen in Ahrensburg ausgesetzt sind, die ins Fadenkreuz der rechten Szene geraten sind. Sie bittet die Politik, auch präventiv in Schulen und Vereinen tätig zu werden, um junge Menschen vor dem Gedankengut des Extremismus und seinen Folgen für alle zu schützen.

Hierzu merkt **Herr Raudies** an, dass es in der Tat um Extremismus ginge und nicht um eine einseitige Dokumentation von rechtsorientierten Grenzverletzungen und Straftaten.

Herr Knoll möchte wissen, ob bei der Bauplanung Adolfstraße auch der Einbau von „Regenerativen Energiespendern“ geprüft wurde.

Die Sozialausschussmitglieder nehmen alle Wortbeiträge zur Kenntnis und sichern zu, diesen Themen gerecht werden zu wollen.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist genehmigt. TOP 10 ist abgesetzt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2011 vom 14.06.2011

Es werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift ist genehmigt.

5. Junges Wohnen in Ahrensburg - Präsentation durch den Kinder- und Jugendbeirat

Frau Brauner zeigt anhand der demografischen Entwicklung auf, wie wichtig es für eine Stadt wie Ahrensburg sei, den jungen Menschen innerhalb der Stadt Wohnraummöglichkeiten zu bieten, wenn diese nicht abwandern sollen.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation macht sie den Bedarf für junge Menschen an Wohnraum deutlich (Verkehrsanbindungen, Einkaufsmöglichkeiten, Raumausstattung und Raumgröße) und insbesondere der Kosten. So plädiert sie an die Vertreter der Stadt, im Hinblick auf Neubauprojekte (insbesondere auch beim Erlenhof) auch die Bedarfe der jungen Menschen zu berücksichtigen.

Anhand der Gemeinde Sebnitz (an der deutsch-tschechischen Grenze) verdeutlicht sie die Umsetzbarkeit eines solchen Konzeptes auch an bereits bestehenden Altbauten.

Die Gleichstellungsbeauftragte merkt zur Präsentation an, dass Bedarfe für preiswerten Wohnraum auch für andere Bevölkerungsgruppen gelten. So können auch ältere Menschen und Alleinerziehende ortsübliche Mieten oft gar nicht aufbringen.

Die Stadtverordneten Randschau und Holers stimmen dem aufgezeigten Bedarf zu und möchten die Thematik mit in ihre Fraktionen nehmen.

Frau Brandt bittet die Verwaltung zu erkunden, wie andere Städte mit dieser Problematik umgehen und welche beispielhaften Konzepte es evtl. schon anderorts gibt.

Der Sozialausschuss bedankt sich für den gelungenen Bericht des Kinder- und Jugendbeirates.

6. Sachstandsbericht

- Umgang mit Rechtsextremismus/Antirassismus

Der Bürgermeister führt aus, dass die Verwaltung hierzu einen fundierten Bericht mit Daten und Fakten und einem Maßnahmenkatalog zum Thema Extremismus in Ahrensburg erstellen möchte, um eine qualifizierte Diskussion und sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen.

Er sichert dem Sozialausschuss zu, diesen zu Beginn des neuen Jahres vorzulegen.

Über den Antrag des Bürgermeisters wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	4 dafür
	1 dagegen
	3 Enthaltungen

7. Kindertagesstätte Adolfstraße 46 - 50 Vorlage der Entwurfsplanung

Herr Leiner, Vertreter aus dem BLB Architektenbüro, erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die derzeitige Entwurfsplanung der von der Stadt vorgegebenen Planungsvoraussetzungen für den Neubau der Kindertagesstätte Adolfstraße. Hierbei geht er auch detailliert auf die Anregungen aus der Einwohnerfragestunde ein und berichtet über die Gründe zur Stellplatz- und Zuwegungswahl, deren Größe sowie der Ausrichtung des geplanten Baukörpers. Zur Thematik des Verkehrsaufkommens führt er aus, dass eine Verkehrszählung aktuell rd. 300 Autobewegungen in 24 Stunden in der Adolfstraße ergeben habe. Durch die Kita entstünden auf der Berechnungsbasis der Betreuungsplätze und des Personals zusätzliche 250 Autobewegungen in 24 Stunden. Grundsätzlich stelle diese Zahl eine beinahe Verdoppelung des bisherigen Verkehrsaufkommens dar. Berücksichtigt man jedoch, dass nach bundesweiten Maßstäben der Adolfstraße aufgrund ihrer Lage, Relevanz und Beschaffenheit eine Verkehrslast von 9.600 Verkehrsbewegungen zuzumuten sei, können die Anliegen einzelner Anwohner nur begrenzt Berücksichtigung finden. Zudem macht Herr Leiner deutlich, dass die Hauptverkehrslast aufgrund der Einrichtungslage über die Fritz-Reuter-Straße führen werde. Zu den Stellplätzen führt Herr Leiner aus, dass diese mit einer Breite von 2,5 m und Tiefe von 5 m berechnet wurden. Andere Ideen wurden geprüft, jedoch nicht favorisiert, weil hierdurch viel Raum zu Lasten des Baukörpers und Außengeländes verloren gegangen wäre.

Im Hinblick auf das novellierte Bundesimmissionsschutzgesetz ist ein Schallschutz nicht erforderlich. Bezogen auf die Gesamtkosten wurde dieses in der Planung auch nicht berücksichtigt.

Zur Thematik „Regenerative Energien“ wurde von Solartechnik aufgrund des schützenswerten Baumbestandes Abstand genommen. Auch andere Energieformen, wie Erdwärme etc. kommen nach Bodengutachten nicht in Betracht. Vielmehr wurde die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes eingeplant, das nach Betrachtung der Nachbarbebauung eine Ablüftung unmittelbar über den Dachfirst vorsehe.

Herr Leiner erläutert die weiteren Schritte. Nach Genehmigung der Entwurfsplanung wäre der Bauantrag zu stellen, anschließend sollten umgehend die Ausschreibungen der Gewerke erfolgen, um sich einen möglichen „Saisonvorteil“ zu verschaffen. Nach Plan könnte das Objekt Anfang 2013 fertig gestellt sein, die geplanten Gesamtkosten bis zur Inbetriebnahme der Kindertageseinrichtung sind mit ca. 3,4 Mio. € kalkuliert.

Sowohl Frau Levenhagen als auch Stadtverordneter Wilde möchten wissen, wieso die Verwaltung sich für das Architektenbüro BLB entschieden habe. Zudem möchte Herr Wilde wissen, aufgrund welcher Ermächtigungsgrundlage die Planung der Kita bis hierher entstanden sei.

Herr Krause erklärt hierzu, dass die Verwaltung durch den Sozialausschuss ermächtigt wurde, diese Planung bis hierher vorzubereiten. Das Gesamtvorhaben wurde bisher im Bau- und Planungsausschuss und im Sozialausschuss mehrfach besprochen. Frau Sternberg erläutert das Auswahlverfahren für das beauftragte Architektenbüro. Hierbei wurden bestehenden Beschlüssen und gesetzlichen Vorgaben in vollem Umfang Rechnung getragen.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Holers und Anfragen aus der Bürgerschaft führt Herr Leiner aus, dass die Idee einer Kehre und „Einbahnstraßenregelung“ durch eine mittige Anordnung der Stellplätze geprüft wurde. Aus Platzgründen zugunsten des Baukörpers wurde hiervon Abstand genommen. Die Standortfrage der Stellplätze wurde ebenfalls kontrovers diskutiert. Nach Mitteilung des Umweltausschusses konnte der Grünstreifen zum angrenzenden Wanderweg jedoch aufgrund seines schützenswerten Baumstandes nicht in eine Planung einbezogen werden.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Brandt erläutert Herr Leiner, dass die im Obergeschoss überstehende Bauweise kein optischer Luxus sei, sondern eine gute Lösung zur Schaffung zusätzlicher Flächen. Dabei stehe der Isolierungsbedarf überstehender Fußbodenfläche in sehr günstigem Verhältnis zu den statischen Deckenanforderungen.

Zur Anmerkung über die Fassadengestaltung erklärt Herr Leiner, dass das Architektenbüro sich an der bestehenden Bebauung orientiert habe. Daneben ist ein weißer Putzanstrich im Vergleich zu Plattenverkleidungen auch die günstigere Variante. Natürlich wären auch andere Farbvarianten denkbar, hierüber könne zu gegebener Zeit noch entschieden werden.

Nachdem alle Fragen beantwortet sind, wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

6 dafür

2 Enthaltungen

8. Veränderung der Finanzierungsvereinbarung für die Ausschreibung der Trägerschaft Kindertagesstätte Adolfstraße 46 - 50

Die Verwaltung trägt die Veränderungsnotwendigkeit vor.

Auf Anregung von Frau Holers wird darüber diskutiert, ob die Vereinbarung darum ergänzt wird, dass Erzieherinnen keine rechtsextremen Erziehungsmethoden anwenden dürfen oder ob die Zustellung einer Kündigung nicht auch durch andere Weise erfolgen sollte.

Letztendlich wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. Kindertagesstätte Gartenholz

Der unveränderte Verwaltungsvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Abstimmungsergebnis:	3 dafür
	4 dagegen
	1 Enthaltung

10. Genehmigung der Stellenpläne 2011 und 2012 für das Peter-Rantzau-Haus gemäß Vertrag zum Betrieb der Bürgerbegegnungsstätte

– *a b g e s e t z t* –

11. Bericht über die Entwicklung der Kostenausgleiche an auswärtige Kindertageseinrichtungen

Die Verwaltung erläutert den Sachstand und macht deutlich, dass durch die Einbindung der tangierten Produktsachkonten in den Deckungskreis an dieser Stelle keine Überplanmäßige Ausgabe zu beantragen wäre. Gleichwohl bittet die Verwaltung um ein Votum des Sozialausschusses.

Der Ausschuss macht deutlich, dass, auch wenn die Mehrausgaben aus dem Projekt „Schaffung einer Großtagespflegestelle“ genommen werden, das Angebot an sich nicht gefährdet werden darf. Die Verwaltung wird gebeten darzulegen, welche Bemühungen bereits erfolgten, um eine Großtagespflegestelle einzurichten. Die Maßnahmen sollen dem Protokoll beigefügt werden.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass diese Kostenübernahmeerklärungen immer Einzelfallentscheidungen darstellen. In aller Regel werden Kostenzusagen befristet erteilt, um der Stadt Ahrensburg Gelegenheit zu geben, einen bedarfsgerechten Betreuungsplatz vor Ort anbieten zu können.

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

12. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 der Stadt Ahrensburg

Die Verwaltung trägt die relevanten Änderungen vor und erläutert diese.

Zudem weist die Verwaltung auf den jährlichen Mietkostenzuschuss „Alzheimer Gesellschaft“ hin, der aufgrund seiner Summe nicht im Nachtrag aufgelistet ist. Die Verwaltung kann diesen Betrag von 1.800 € Mehrkosten durch positive Rechnungsergebnisse beim PSK 36515.5318003 decken. Gleichwohl bittet sie den Sozialausschuss um ein positives Votum hierfür.

Abstimmungsergebnis:

7 dafür

1 Enthaltung

13. Kenntnisnahmen

13.1 Maßnahmen zur Schaffung von Großtagespflegestellen

Der Sozialausschuss bittet die Verwaltung um einen detaillierten Sachstandsbericht.

Anmerkung der Verwaltung:

Folgende Maßnahmen wurden eingeleitet, um geeignete Räumlichkeiten zur Errichtung einer Großtagespflegestelle in Ahrensburg zu finden:

- 1. Im April 2011 wurden Kurzexposes (was wir wofür suchen) an acht kompetente Immobilienmakler aus dem Ahrensburger Raum verschickt, mit denen vorab telefonisch Kontakt aufgenommen wurde.*
- 2. Es wird regelmäßig im Internet und in den Tageszeitungen recherchiert.*
- 3. Es wird regelmäßig bei den Maklern Rückfrage gehalten.*
- 4. In der Pressemitteilung vom Juni 2011 wurde auf das geplante Projekt Bezug genommen.*

Da bis Mai 2011 keine Resonanz der Makler erfolgte, wurden im Internet zwei passende Wohnungen/Häuser gesucht und mit den Anbietern Kontakt aufgenommen.

Der Eigentümer des ersten Objektes möchte nicht an die Stadt zum Errichten einer Großtagespflegestelle vermieten.

Das andere Objekt war schon vergeben. Dem Anbieter wurde ebenfalls das Kurzexpose zugeschickt, bisher ohne Rückmeldung. Es wird regelmäßig im Internet und in den Tageszeitungen recherchiert.

Im Juni fand aufgrund des Hinweises von Frau Holers eine Besichtigung der Gewerbefläche im Woldenhorn 5 (ehemaliges Fitness-Studio) mit Frau Makarowski von Kiesler Immobilien statt. Die Räumlichkeiten schienen geeignet, es wären jedoch umfangreiche Umbaumaßnahmen erforderlich. Frau Makarowski erklärte bei Nachfragen am 01.09.2011, dass das Objekt nicht mehr zur Vermietung steht.

Sollten erneut geeignete Objekte angeboten werden, wird Frau Makarowski sich mit der Stadt in Verbindung setzen.

13.2 Sachstand Krippe Pionierweg

Die Verwaltung teilt mit, dass die Krippe vollzählig läuft. Die Gestaltung der Außenflächen soll noch in diesem Jahr erfolgen.

13.3 Platzsituation und Warteliste

– *Siehe Anlage* –

14. Verschiedenes

14.1 Kinderärzte für Ahrensburg

Die Ärztekammer hat eine telefonische Rückmeldung gegeben.

Auf eine dokumentierte Rückmeldung wird noch gewartet. Die Verwaltung wird erneut mit der Ärztekammer in Kontakt treten.

14.2 Lärmschutzmaßnahmen für Adolfstraße

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Strunk teilt die Verwaltung mit, dass bei positiven Ausschreibungs- und Rechnungsverlauf ein Sichtschutz für die Kita Adolfstraße berücksichtigt wird.

14.3 Wohnen im Alter

Der Sozialausschuss möchte sich auf einer der kommenden Sitzungen mit der Thematik beschäftigen.

14.4 Migrationsberatungsstelle

Frau Fricke merkt die Dringlichkeit an. Die Migrationsberatungsstelle wird in Kürze geschlossen.

14.5 Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung findet am 08.11.2011 statt.

15. Beschlusskontrolle

– *Siehe Anlage* –

gez. Petra Wilmer
Vorsitzende

gez. Anja Gust
Protokollführerin